

Das große
M+E-Quiz
auf Seite 4

Wohlstand sichern, Standort stärken!

Die Wirtschaft kommt nicht in Fahrt. Gerade die Metall- und Elektro-Industrie (M+E) leidet unter der Wachstumsflaute und den Schwächen des Standorts Deutschland.

Fest steht: Hierzulande läuft etwas mächtig schief. Das zeigt schon der Blick ins Ausland. Alle Industrieländer weltweit sind 2024 wieder auf Wachstumskurs. In Deutschland aber wird praktisch Stillstand herrschen. Das sagen fast alle Experten – darunter der Internationale Währungsfonds IWF und die OECD. Das Schlagwort von der De-Industrialisierung macht bereits die Runde.

M+E, größter Industriezweig des Landes, liegt sogar wieder 14 Prozent unter dem Vorkrisenstand von 2018, die Aufträge sind

im Sinkflug. Und schnelle Besserung ist nicht in Sicht. Dass die über 25.000 M+E-Betriebe mit ihren fast vier Millionen Beschäftigten Herausforderungen bewältigen können, beweisen sie immer wieder. Doch im weltweiten Wettbewerb ächzt M+E unter Wachstumsbremsen, die andere lösen müssen.

Bei Bürokratie und der hohen Steuerlast etwa ist die Politik gefordert. Oder die Arbeitskosten: Deren Entwicklung immerhin können die Tarifpartner mit beeinflussen. Ein wichtiger Test dafür ist die anlaufende M+E-Tarifrunde 2024.

Gemeinsames Ziel muss es sein, Wachstum und Wohlstand zu sichern, betont Gesamtmetall-Präsident Dr. Stefan Wolf: „Dafür müssen wir dringend den Standort stärken.“



Illustration Puzzle: Petr Vaclavek – stock.adobe.com



Dr. Stefan Wolf, 62, ist Präsident des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall.

Interview

„Wir müssen dringend den Standort stärken“

Herr Dr. Wolf, Sie haben kürzlich gesagt, die De-Industrialisierung habe begonnen. Sind Sie mit schuld daran, weil Sie die Lage nur schlechtreden?

Wer ist denn schuld, wenn der Keller schimmelt? Derjenige, der sagt, dass es reinregnet, oder derjenige, der vom Geld lieber in Urlaub gefahren ist, statt das Dach zu sanieren? Klar würde es den Verantwortlichen so passen, wenn sie von den Folgen ihrer früheren Entscheidungen so ablenken können. Die Partei des amtierenden Bundeskanzlers beispielsweise hat in den vergangenen 26 Jahren gerade einmal vier Jahre nicht mitregiert. Seit 2013 hat sie durchgehend die Arbeitsminister gestellt, außerdem auch zeitweise die Res-

sorts Familie, Umwelt, Wirtschaft, Justiz und Finanzen geleitet.

Die Drohung mit den Billiglohnländern ist wirklich nicht neu ...

Tut mir leid, auch dieses Kleinreden ist fehl am Platz. Firmen gehen ja nicht in Low-Cost-Countries, sondern in die USA, nach Polen, nach Großbritannien, sogar in die Schweiz. Ich mache mir ernsthafte Sorgen, und vielen unserer Mitarbeiter geht das ebenso. Es sind eben nicht mehr nur die Entgelte, es sind auch die Steuern und Abgaben, die Arbeitszeiten, die Energiesicherheit und Energiepreise, die Schere zwischen Brutto und Netto, die Bürokratie, die Infrastruktur, die Bildung und, und, und. Unsere Unter-

nehmen wollen gerne am Standort bleiben und mit ihren Beschäftigten zusammen den Strukturwandel meistern – aber sie müssen sich das auch leisten können.

Ist es Zufall, dass Sie das alles jetzt sagen, kurz vor der Tarifrunde 2024?

Wir sind uns in der Lagebeschreibung mit der IG Metall völlig einig, bei der Sorge vor einer De-Industrialisierung ebenso wie bei den dringend notwendigen Maßnahmen. Wir haben dazu im April sogar eine gemeinsame Erklärung veröffentlicht. Ohne einen wettbewerbsfähigen Standort haben wir nämlich nichts, worüber wir miteinander verhandeln können. Wir müssen dringend den Standort stärken.

Das muss dringend besser werden!

In Deutschland läuft strukturell einiges schief. Beschäftigte und Unternehmen leiden gleichermaßen darunter. Die größten Probleme – und was helfen würde, den Standort wieder zu stärken.



Der Staat kassiert zu viel Geld

Das ist das Problem

47,8 Prozent seines Bruttoentgelts hat ein allein-stehender Arbeitnehmer in Deutschland 2022 an Steuern und Abgaben abführen müssen. Mehr war es laut OECD nur in Belgien. Im Schnitt der Industrieländer beträgt die Steuer- und Abgabenlast nur 34,6 Prozent. Sie ist ein echter Standortnachteil, an dem sich seit Jahrzehnten kaum etwas ändert. Die Folge: Fachkräfte müssen einen großen Anteil ihres Verdienstes abgeben. Auch Unternehmen ächzen unter Steuern und Arbeitskosten. Allein die Summe der Sozialabgaben der Arbeitgeber ist auf 40,8 Prozent gestiegen. Dadurch rechnen sich manche Tätigkeiten hierzulande irgendwann nicht mehr.

Das muss getan werden

Runter mit den Steuern, Rückkehr zur 40-Prozent-Grenze bei den Sozialabgaben.



47,8 %
Steuern und
Abgaben zahlten
Singles 2022

Quelle: OECD



Der Standort ist abgehängt

Das ist das Problem

Mittelfeld – so steht Deutschland etwa im Wettbewerbsfähigkeits-Index der Schweizer Wirtschaftshochschule IMD 2023 da: nur Rang 23 von 64 untersuchten Ländern. Besonders schlecht schneidet Deutschland in der Steuerpolitik (Platz 60) ab. Aber auch bei den Preisen (53) und der technologischen Infrastruktur (36) hapert es. Die Risiken dadurch sind erheblich: An der Wettbewerbsfähigkeit hängen Investitionsentscheidungen und Arbeitsplätze, Innovationen, Einkommen, Steuereinnahmen – und damit letztlich die Zukunft des Landes.

Das muss getan werden

Richtig ist, was Standort und Beschäftigung stärkt: Zentral sind niedrigere Energiekosten, attraktivere Investitionsbedingungen und der schnelle Ausbau der Infrastruktur.



Die Arbeitszeiten sind zu starr

Das ist das Problem

Unflexible Gesetze erschweren, dass die Arbeitszeit zum Leben passt. Elf Stunden Ruhezeit können die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verschlechtern – etwa, weil man sich abends nicht noch mal an den Schreibtisch setzen darf, obwohl man tagsüber privat weg musste. Und tägliche Höchstarbeitszeiten verhindern, dass Beschäftigte ihre Arbeit sinnvoll über die Woche verteilen: mal länger machen, wenn viel anliegt, und dafür anderntags kürzer. Auch das Arbeitsvolumen ist ein Standortnachteil. So kurz wie in Deutschland ist die Jahresarbeitszeit nirgends sonst: im Schnitt kaum 1.340 Stunden – gut 400 weniger als bei Wettbewerbern in Polen oder den USA.

Das muss getan werden

Stärkung der Vertrauensarbeitszeit, außerdem eine Wochen- statt einer Tageshöchst arbeitszeit. Ruhezeiten sollten mit Öffnungsklauseln flexibel geregelt werden.



335

Stunden mehr arbeiten die Menschen im OECD-Schnitt

Quelle: OECD



Die Bürokratie lähmt das Land

Das ist das Problem

Bürokratie kostet Unternehmen rund 65 Milliarden Euro im Jahr. Berichtspflichten, Anträge, Genehmigungsverfahren machen Betrieben zu schaffen. 90 Prozent fühlen sich durch Bürokratie sehr stark belastet, berichtet das Mittelstands-Institut IfM in Bonn. Bei der Hälfte der Firmen führt das zu Gewinneinbußen, viele verzichten auf Investitionen, die Wettbewerbsfähigkeit leidet.

Das muss getan werden

Für jede neue Vorschrift muss eine entfallen. Der Normenkontrollrat fordert: 25 Prozent der Bürokratiekosten sollten bis 2028 gestrichen werden und Betroffene bei der Gesetzgebung mitreden.



4.646

Gesetze und Verordnungen gibt es aktuell

Quelle: Bundesregierung



16

Plätze eingebüßt hat Deutschland im Standortranking seit 2014

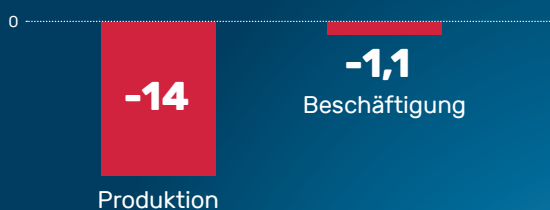
Quelle: IMD

Die Lage ist ernst

Die Metall- und Elektro-Industrie (M+E) befindet sich weiter in der Rezession. Ob Produktion, Auftragseingang oder Geschäftserwartungen – alles hängt im Minus. Die Beschäftigung dagegen ist bisher vergleichsweise stabil geblieben. Ein Hoffnungszeichen in schweren Zeiten?

Produktion eingebrochen, Beschäftigung fast stabil

Veränderung Vorkrisenniveau 2018 bis Q1/2024 in Prozent



Quellen: Statistisches Bundesamt, Gesamtmetall

Abwärts bei Aufträgen

M+E-Auftragsseingang, Quartalswerte, Schnitt 2021=100



Quelle: Statistisches Bundesamt

Der Standort wird unattraktiv

Knapp **42,6 Milliarden** Euro haben M+E-Unternehmen 2018 in Deutschland investiert. Im Ausland waren es 7,7 Milliarden.

Das umgekehrte Bild 2023: Da waren es knapp 19 Milliarden Euro Auslandsinvestitionen – und nur noch **6,1 Milliarden** im Inland.

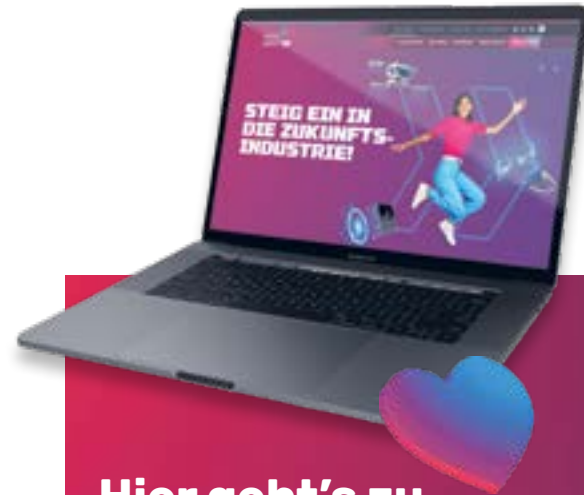
Quelle: IW Consult

Talsole noch nicht erreicht

M+E-Auftragsbestand, Saldo aus hohen und niedrigen Beständen



Quelle: Ifo



Hier geht's zu den Zukunfts-Jobs

Jobs mit Zukunft – die bietet die Metall- und Elektro-Industrie gleich im doppelten Sinne: vielfältige Einstiegs- und Karrierechancen in Ausbildungs- und Ingenieurberufen, und das in Zukunftsfeldern wie Mobilität, Digitalisierung und Energiewende.

Deshalb haben die Arbeitgeber der M+E-Industrie ihr Angebot zur Berufsorientierung unter dem Motto „What about ME – Steig ein in die Zukunftsindustrie“ neu aufgestellt. Auf dem Karriereportal zukunftsindustrie.de und in Social Media geben junge Beschäftigte aus M+E-Unternehmen in Videos authentische Einblicke in ihren Arbeitsalltag, ihre Aufgaben und das, was sie an der Zukunftsindustrie begeistert.

Infos für Schüler, Eltern, Lehrer

Jugendliche und alle, die sie beim Jobeinstieg unterstützen wollen, finden hier auch wertvolle Tipps und verlässliche Informationen rund um den Bewerbungsprozess, Gehalt, Weiterbildungen und Aufstiegsmöglichkeiten. Und für den Direkteinstieg bei M+E enthält die Stellenbörse mehrere Tausend Ausbildungsplätze, Praktika und Studienangebote, ganz einfach filterbar nach Berufen und Regionen.

Die persönliche Zukunft anpacken und die großen Zukunftsthemen mitgestalten: Bei M+E geht beides am besten.

WHAT ABOUT ME



www.zukunftsindustrie.de

ME QUIZ

Wenig Netto

Wie viel Prozent Steuern und Abgaben musste ein alleinstehender Durchschnittsverdiener 2022 entrichten? Nennen Sie uns den richtigen Wert und gewinnen Sie einen der nebenstehenden Preise.

Viel Glück!



1. Preis Warmer Abend, heißer Genuss: Hochtemperaturgrill für perfektes Grillgut.

2.-4. Preis Klein und kräftig: Akkugehölzschneider inklusive Akku, Ladegerät und Tasche.



Nehmen Sie online teil:
www.me-zeitung.de/gewinnspiel

Oder senden Sie Ihre Antwort per Post an:

IW Medien GmbH
Stichwort: M+E-QUIZ
Postfach 10 18 63 • 50458 Köln

Spielregeln: Teilnahmeberechtigt sind alle Leser der M+E-Zeitung. Eine Teilnahme über Gewinnspielclubs oder sonstige gewerbliche Dienstleister ist ausgeschlossen. Die Gewinner werden unter allen richtigen Einsendungen ausgelost. Einsendeschluss ist der 9. August 2024. Es gilt das Datum des Poststempels. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Impressum

Herausgeber: Arbeitgeberverband Gesamtmetall • Voßstraße 16, 10117 Berlin • Telefon: 030 55150-0 • E-Mail: info@gesamtmetall.de • **Präsident:** Dr. Stefan Wolf • **Hauptgeschäftsführer:** Oliver Zander

Redaktion: Martin Leutz (verantwortl.), Carsten Brönstrup, Carsten Büttner, Alexander Dennebaum, Hubertus Engemann, Dr. Eike Frenzel, Christine Haas, Stephan Hochrebe,

Steffen Jans, Alexander Luckow, Jan Pasemann, Tobias Rademacher, Dominik Schmitz, Nicolas Schöneich, Patrick Schulze, Michael Schwarz, Sabine Stöhr, Joachim Wollschläger, Dr. Ute Zacharias

© **Produktion und Bezugsnachweis:** IW Medien GmbH • Postfach 10 18 63, 50458 Köln • Telefon 0221 4981-216

Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH • Klimafreundlich gedruckt durch CO₂-Ausgleich und auf 100 Prozent Recyclingpapier mit mineralölfreien Farben.

